

03.11.93

Antrag

der Länder Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt
und Thüringen

zum

Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes
Deutschland

Punkt 1 b der 662. Sitzung des Bundesrates am 5. November 1993

Der Bundesrat möge beschließen:

Allgemeines

1. Der Bundesrat nimmt den "Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland" zur Kenntnis.
Er begrüßt und unterstützt nachdrücklich die Zielsetzung der Bundesregierung, den Herausforderungen durch Wettbewerb und Wandel mit einer umfassenden Initiative zur Sicherung und Stärkung des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandorts Deutschland zu begegnen.

Ausgeliefert am 03. NOV. 1993

...

626/2/93

2. Der Bundesrat verweist auf die in nicht wenigen Bereichen feststellbare relative Verschlechterung der Standortposition Deutschlands im internationalen Vergleich.
Sowohl auf dem Hochtechnologiesektor als auch im Bereich der von den Arbeitskosten bestimmten einfacheren Produktionen ist die deutsche Wirtschaft durch alte und neue internationale Konkurrenten bedroht.
3. Der Bundesrat spricht sich deshalb für eine rasche und breite Umsetzung der notwendigen Gegenmaßnahmen aus.
Er bittet die Bundesregierung, die nachfolgenden Überlegungen in ihrer Standortpolitik zu berücksichtigen.

Sparen und Investieren

4. Zur Festigung des notwendigen Vertrauens von Konsumenten und Investoren in die weitere wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung, zur Sicherung stabiler Preise und niedriger Zinsen, aber auch zur Einhaltung der Kriterien für den Eintritt in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, ist eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zwingend geboten.
5. Der Bundesrat bestärkt deshalb die Bundesregierung in ihrer Absicht, die Neuverschuldung in den nächsten Jahren deutlich zurückzuführen.
Er fordert die Bundesregierung auf, an ihrer Politik des Sparens und Investierens, die sie mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm, dem Standortsicherungsgesetz und dem Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm eingeleitet hat, konsequent festzuhalten.
Nur durch Rückführung der Staatsquote bei gleichzeitiger investitions-, innovations- und leistungsfördernder Umstrukturierung der Ausgaben kann ein neuer Aufschwung in Gang gebracht und langfristig abgesichert werden.

...

Kostenbegrenzung

6. Eine Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit geht vor allen auch von der überhöhten Kostenbelastung der deutschen Unternehmen aus.

Dazu tragen nicht nur die hohen Lohn- und Lohnzusatzkosten bei, sondern auch teure Gewerbeflächen, hohe Gebühren für Ver- und Entsorgungseleistungen etc. sowie nicht zuletzt die nach wie vor vergleichsweise hohe Belastung der Unternehmen mit Steuern.

7. Der Bundesrat unterstützt daher die Anstrengungen der Bundesregierung, insbesondere durch Maßnahmen zur Begrenzung des Anstiegs der Lohnzusatzkosten, durch die Erweiterung des gesetzlichen Rahmens für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und durch die geplante Fortführung der Unternehmensteuerreform zu einer Reduzierung dieser Kosten beizutragen.

Stärkung der Marktkräfte

8. Der Bundesrat betont, daß die Anpassungsfähigkeit, Initiativkraft und Dynamik der Wirtschaft durch eine Beschränkung des Staates auf seine Kernaufgaben gestärkt werden muß.

Er teilt deshalb die Auffassung der Bundesregierung, daß wirkungsvolle Maßnahmen zur Entbürokratisierung, Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Deregulierung, Privatisierung und zum weiteren Abbau von erhaltungsorientierten Subventionen zugunsten zukunftsichernder Hilfen ergriffen werden müssen.

Davon hängt wesentlich ab, daß die Wirtschaft mit dem von der internationalen Konkurrenz vorgegebenen Innovationstempo und dem erforderlichen Strukturwandel Schritt halten kann und wettbewerbsfähig bleibt.

Politik für mehr Beschäftigung

9. Die Sicherung eines befriedigenden Beschäftigungsstandes setzt einen funktionierenden, offensiv gestalteten Strukturwandel voraus.
Veraltete, im Wettbewerb nicht mehr haltbare Arbeitsplätze sind durch rentable neue zu ersetzen.
Die Träger dieses Wandels, Investitionen und Innovationen, müssen durch die Schaffung eines günstigen Umfeldes verstärkt unterstützt werden.
10. Der Bundesrat hält eine noch engere Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Staat bei der frühzeitigen Identifizierung neuer Zukunftstechnologien und deren Umsetzung in weltmarktfähige Produkte für notwendig.
Der Bundesrat appelliert an die Bundesregierung, sämtliche innerhalb des ordnungspolitischen Rahmens der Sozialen Marktwirtschaft liegenden Möglichkeiten für eine aktivere Rolle des Staates in diesem Bereich zu nutzen.
11. Wissenschaftlicher Fortschritt, neuartige Produktions- und Verfahrensweisen und der zunehmende weltweite Handel lassen gleichzeitig die Qualifikationsanforderungen an die Arbeitnehmer auf allen Tätigkeitsebenen weiter steigen.
Der Bundesrat unterstützt daher nachdrücklich alle Anstrengungen, die auf die weitere Verbesserung des Aus- und Weiterbildungssystems abzielen.

Außenwirtschaftsbeziehungen fördern

12. Auch der Bundesrat setzt sich nachdrücklich für einen erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde des GATT und dessen Weiterentwicklung im Sinne einer internationalen Wettbewerbsordnung ein.

Er unterstützt die geplante Schwerpunktsetzung der Bundesregierung in der Außenwirtschaftsförderung zugunsten der Erschließung der südostasiatischen Wachstumsmärkte.

Er hält es dabei auch für notwendig, auf einen besseren Zugang deutscher Unternehmen auf teilweise noch abgeschotteten Märkten hinzuwirken.

Verantwortung aller

13. Die Ursachen für die derzeitigen konjunkturellen und strukturellen Probleme liegen nach Auffassung des Bundesrats auch im Bereich von unterlassenen oder falschen Managemententscheidungen, in zu wenig beschäftigungsorientierten Tarifabschlüssen der letzten Jahre sowie in gesellschaftspolitischen Fehlentwicklungen. Der Bundesrat unterstreicht deshalb die Verantwortung aller gesellschaftlichen Kräfte, zur Wiedergewinnung von Wachstum und Beschäftigung beizutragen.
14. Die Wirtschaft muß ihr technisches und organisatorisches Kostensenkungspotential voll ausschöpfen, gleichzeitig aber auch mit einer nach vorn gerichteten Strategie der Investitionen, Produktinnovationen und der Erschließung neuer Absatzmärkte auf die Herausforderungen antworten.
15. Die Tarifpartner sind aufgerufen, durch maßvolle und flexible Abschlüsse entscheidend zur Stabilisierung der Kostensituation in der Wirtschaft beizutragen und damit ihrer hohen Mitverantwortung für die weitere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gerecht zu werden.

...

16. Der einzelne wie die Gesellschaft insgesamt müssen sich den Veränderungen offensiv stellen.

Verkrustungen, Anspruchshaltungen, gegenseitige Blockaden sind aufzubrechen und abzubauen.

Mut zum Risiko, Pioniergeist, Kreativität und Leistung müssen wieder stärker in den Vordergrund rücken. Der Bundesrat unterstreicht, daß die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands als Grundvoraussetzung neue Aufbruchstimmung erfordert.